

Alles dreht sich um die Bauern

Die EU schaltet sich im Streit über ukrainische Getreideimporte ein. Kommt ein neues Hilfsprogramm?

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Im Streit über Importe von günstigem Getreide aus der Ukraine ist die EU auf Polen, Ungarn und andere EU-Länder zugegangen. Man bemühe sich um eine europäische Lösung, sagte eine Sprecherin der EU-Kommission am Donnerstag in Brüssel. Im Gespräch sind Schutzmaßnahmen für bestimmte Agrarprodukte sowie ein Hilfsprogramm von 100 Millionen Euro.

Die Regierungen in Warschau und Budapest hatten am Wochenende ohne Absprache einen Importstopp verhängt. Dies sei „nicht hinnehmbar“, hieß es zunächst in der EU-Behörde. Der Boykott verstoße gegen europäisches Recht und müsse sofort aufgehoben werden.

Doch dann schaltete sich EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ein. Sie nehme die Bedenken der „Front-Staaten“ und der betroffenen Bauern ernst und wolle helfen, schrieb die Deutsche in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs von Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei.

Seither kommen ganz andere Töne aus Brüssel. Von der Leyens Chefsprecher räumte am Mittwoch ein, dass die Billigimporte den Agrarmarkt verzerren. Die betroffenen Länder könnten von einer Notfalloption Gebrauch

Brüssel will die Probleme mit Geld lösen – wie so oft

machen und bestimmte Agrarprodukte vom Import ausschließen, sagte er.

Die Rede ist von Weizen, Mais sowie Sonnenblumen- und Rapsamen. Die Liste ist aber noch nicht fertig. Details soll Handelskommissar Valdis Dombrovskis klären. Er ist mit den fünf EU-Ländern und der Ukraine im Gespräch und will sich um eine dauerhafte Lösung bemühen. Ein erstes Treffen am Mittwoch brachte aber noch keinen Erfolg.

Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sich die Lage ständig ändert. So haben Polen und die Ukraine am Dienstag eine Lösung verkündet – die die EU-Kommission aber nicht ungeprüft anerkennen will. Kurz darauf verhängte Bulgarien einen Importstopp. Die Slowakei hat Einfuhren aus der Ukraine ebenfalls beschränkt. Ungarn verbot am Donnerstag auch noch den Import von Honig und bestimmten Fleischprodukten.

Zudem ist die Rechtslage unklar. Im Prinzip ist die EU-Kommission allein für die Handelspolitik zuständig. Die Handelsvereinfachungen, die die EU der Ukraine nach dem russischen Überfall im Februar 2022 gewährt hatte, sind jedoch befristet. Stand jetzt laufen sie am 5. Juni aus.

Von der Leyen will diese Erleichterungen nun verlängern. Dafür braucht sie einen Deal mit den Quertreibern aus Mittelosteuropa. Einfuhrzölle, wie sie Polen gefordert hatte, solle es nicht geben, heißt es in Brüssel. Doch auch die vorgeschlagene „Negativliste“ ist problematisch. Denn jedes EU-Land möchte andere Ausnahmen.

Außerdem ist das Transitproblem noch nicht gelöst. Ursprünglich sollten die Agrarprodukte aus der Ukraine nur vorübergehend in die EU kommen, bevor sie nach Afrika oder in andere bedürftige Länder transportiert werden. Doch die Verschiffung ist schwierig, die Häfen sind überlastet, das Getreide staut sich in europäischen Lagern. Ein Teil wird auch in EU-Länder wie Italien oder Spanien exportiert, wo das günstigste Getreide schon mal an Schweine verfüttert wird.

Alles dreht sich um die Bauern und ihre sinkenden Einnahmen. Die EU-Kommission versucht nun, die Probleme mit Geld zu lösen – wie so oft. Ein erstes Hilfspaket über 56 Millionen Euro hat die Wirkung verfehlt. Nun könnten noch einmal 100 Millionen Euro fließen.

Erst überwacht, dann an die Front

Russland geht immer strenger vor, um Männer für das Militär zu rekrutieren. Kritiker sprechen bereits von „elektronischem Gulag“

Aus Kiew **Bernhard Clasen**

Mit einer neuen Gesetzgebung will der russische Staat Wehrpflichtige stärker kontrollieren und so sicherstellen, dass den eigenen Truppen im Krieg gegen die Ukraine nicht die Männer ausgehen. Bereits am vergangenen Samstag unterzeichnete Präsident Wladimir Putin dazu das Gesetz über elektronische Vorladungen zu Erfassungen und die Schaffung eines einheitlichen Registers der Wehrpflichtigen. Zuvor war es von Duma und Föderationsrat angenommen worden.

Bisher konnte sich in Russland jeder einer Einberufung entziehen, wenn er für die Wehrbehörden nicht erreichbar war. Wer also in einer Wohnung lebte, in der er nicht wohnbehördlich gemeldet war, brauchte sich auch nicht vor einer Einberufung fürchten. Damit ist nun Schluss: Eine Vorladung zur Erfassung und Einberufung gilt jetzt bereits als zugestellt, wenn sie per E-Mail versandt wurde. Heißt: Die Begründung, man habe seine Mails nicht gecheckt, ist fortan keine Ausrede mehr.

Die Vorladungen werden an den Account eines Bürgers im staatlichen Portal „Gosuslugi“ versandt. Wer sich nicht um seine auf diesem Portal bereitgestellten Nachrichten kümmert, hat nun das Nachsehen: Wer eine Einberufung „erhalten“ hat, darf Russland nicht mehr verlassen. Wenn er sich nicht innerhalb von 20 Tagen bei der Einberufungsstelle meldet, darf er zudem kein Auto mehr fahren, keine Immobilien erwerben, keine Kredite aufnehmen und sich nicht als Selbständiger registrieren lassen.

Doch damit nicht genug. Moskau hat inzwischen auch ein Gesichtserkennungssystem installiert, mit dem wehrpflichtige Bürger ausfindig gemacht werden sollen, berichtete der Militärkommissar der Hauptstadt, Oberst Maxim Loktew, jüngst der Nachrichtenagentur TASS.

Zwar versprach Loktew, dass kein Wehrpflichtiger in den ukrainischen Kampfgebieten eingesetzt werde. Die meis-

mera regelmäßig einen Mann filme, der den Müll entsorge, könne man davon ausgehen, dass dieser auch in diesem Haus wohne, so der Journalist.

Wenn man also wissen wolle, wo eine Person wohne, brauche man nur dessen Foto in das System eingeben und schon wisse man, wo dieser wohne. Schließlich würden ja Hauseingänge und Freisprecheinrichtungen an Türen von Kameras überwacht. In Moskau, so Sacharow, sei eine aus Belarus stammende Software installiert, die in Belarus Personen ausfindig machen konnte, die an Demonstrationen teilnahmen. Selbst das Tragen von Masken oder Mützen verberge nicht die Identität, da die Software Personen auch aufgrund ihrer Silhouette identifizieren könne.

Angesichts von mehreren hunderttausend Mobilisierten komme nun als Nächstes sicherlich ein Gesetz zu elektronischen Beerdigungen, kommentierte der Politologe und ehemalige Redenschreiber Putins, Abbas Galljamow, das Gesetz mit reichlicher Portion Sarkasmus.

„Mit diesem Gesetz wollen die Machthaber den massiven passiven Widerstand derjenigen brechen, die nicht in den Krieg ziehen wollen“, sagte der russische Anarchist Andrei, der seinen Nachnamen nicht in der Zeitung lesen will, der taz. Nun werde den Machthabern eine riesige, einheitliche Datenbank zur Verfügung stehen, in der sich alle Daten, von den Finanzbehörden bis zu den Krankenhäusern, abrufen ließen. „Damit kann der Staat die Bevölkerung vollständig überwachen, ein elektronischer Gulag.“

Mails nicht gecheckt? Schützt vor Einberufung nicht mehr

ten Einberufenen müssten ihren Wehrdienst im westlichen Militärbezirk ableisten. Allerdings befinden sich eben dort Städte wie Belgorod, Brjansk und Kursk, die regelmäßig von ukrainischer Seite beschossen werden.

Gegenüber dem vom US-Kongress finanzierten Portal Krym Reali erklärte der Journalist Andrei Sacharow, dass es schwierig sei, sich dieser totalen elektronischen Kontrolle zu entziehen. Er geht davon aus, dass dieses Überwachungssystem bereits seit Monaten besteht. So wisse er von jungen Männern, die im vergangenen Herbst Besuch von der Wehrbehörde erhalten hätten – obwohl sie in der Wohnung, in der sie sich aufhielten, gar nicht gemeldet waren.

Für die elektronische Überwachung, führt Sacharow aus, sei es nicht schwierig, herauszufinden, ob eine Person regelmäßig einen Ort aufsuche oder ob ein Besuch nur einmalig sei. Wenn eine Überwachungska-

nachrichten

Nato I: Generalsekretär besucht Kyjiw

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat bei einem überraschenden Besuch in der von Russland angegriffenen Ukraine am Donnerstag die Hilfe des Militärbündnisses für die Selbstverteidigung des Landes unterstrichen. Ukrainische Medien zeigten, wie Stoltenberg offenbar auf dem Kyjiwer Sankt-Michael-Platz getötete ukrainische Soldaten ehrte. Zudem kündigte er an, den Beitritt der Ukraine zum westlichen Militärbündnis beim anstehenden Nato-Gipfel im Juli in Vilnius diskutieren zu wollen. Eine genaue zeitliche Perspektive für den Beitritt der Ukraine gibt es bislang nicht. Stoltenberg betonte aber erneut, es sei gemeinsame Position der Nato, dass die Ukraine Mitglied werde. Stoltenberg war zuletzt vor Kriegsbeginn in der Ukraine. Als Reaktion auf die Visite erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow, eines der Ziele des russischen Feldzuges sei es, die Ukraine an einem Beitritt zur Nato zu hindern. (ap/afp/dpa)

Nato II: Zwei Staaten wollen Panzer spenden

Dänemark und die Niederlande wollen der Ukraine ab Beginn des kommenden Jahres mindestens 14 überholte Leopard-2-Kampfpanzer aus deutscher Produktion zur Verfügung stellen. Die Verteidigungsminister der beiden Nato-Staaten erklärten am Donnerstag, sich die geschätzten Kosten für die Leopard-2-Panzer in Höhe von 165 Millionen Euro teilen zu wollen. (ap)

Alltag in der Ukraine Zeitdokument des Leids



Dem ukrainischen Fotografen Evgeniy Maloletka ist mit dieser Aufnahme das World Press Photo des Jahres gelungen. Darauf zu sehen: die Evakuierung der hochschwangeren Iryna Kalinina nach einem russischen Angriff auf die Geburtsklinik von Mariupol im März 2022. Mutter und Kind überlebten nicht. Foto: Evgeniy Maloletka/ap

taz blogs

Nachrichten vom anderen Ende der Welt

Politisches und Amüsantes aus und über Südamerika: taz.de/blogs/latinoamerika